

beläuft sich auf 2.857 Mrd. Yuan; ihre Netto-Aktiva wurden 1994 mit 1.162 Mrd. Yuan bewertet.

Von den 500 Unternehmen sind 311 Unternehmen, die sich vollständig im staatlichen Eigentum befinden, 123 sind staatliche Unternehmensgruppen, 34 sich Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung, 23 sind börsennotierte Unternehmen und 9 Unternehmen sind sino-ausländische Joint-Venture-Unternehmen. Von den Unternehmen unterstehen 248 der zentralen Regierung und 252 den Lokalregierungen. Geographisch aufgeteilt, liegen 309 in der Ostregion, 114 in Zentralchina und 77 in Westchina.

Die 500 größten Unternehmen, die sich überwiegend im staatlichen Eigentum befinden, weisen einen Anteil von 36,04% am Gesamtvermögen aller Staatsunternehmen auf; nicht einbezogen wurden staatliche Unternehmen im Banken- und Nicht-Bankensektor. Ihre Netto-Aktiva und Gewinne stellen einen Anteil von 49,31% und 78,39% der Gesamtkтива und Gewinne aller Staatsunternehmen.

Zhang zufolge wird anhand der 500 größten Unternehmen deutlich, daß diese Unternehmen, insbesondere die der Zentralregierung unterstellten Unternehmen, den Hauptanteil des staatlichen Eigentums auf sich vereinigen. Die großen Staatsunternehmen wiesen eine hohe Effizienz als Folge von Skalenerträgen auf und stellten das Rückgrat der Wirtschaft dar. (Xinhua News Agency, in English, 20.10.95) -schü-

---

## Taiwan

---

\*(33)

### Neue französische Waffenlieferungen an Taiwan?

Einer Meldung der Tageszeitung *Lianhe Bao* (22.10.95) zufolge hat Taiwans Militär mit dem Vertreter der Regierung in Paris im September ein Memorandum über Waffenkäufe unterzeichnet, mit dem das französische Verteidigungsministerium Waffenlieferungen an Taiwan in Zukunft garantiert. Wie berichtet (C.a., 1992/11, Ü 42), hatte Taiwan 1991-92 6 Fregatten der La-Fayette-Klasse im Wert von 2 Mrd. US\$, 60 Kampfflugzeuge vom Typ Mirage 2000-5 und 1.500 Luft-Luft-

Raketen MICA sowie Magic-2 für Mittel- bzw. Kurzstrecken im Gesamtwert von 3,5 Mrd. US\$ von Frankreich gekauft. Dies führte zu schweren Belastungen der Beziehungen Frankreichs mit Beijing. Im letzten Jahr versicherte die französische Regierung unter Edouard Balladur Beijing, in Zukunft keine neuen Waffen mehr an Taiwan zu liefern. Davon unberührt bleiben allerdings die alten Verträge.

Der erste Schub von Mirage-Flugzeugen soll erst 1997 geliefert werden. Im Memorandum verpflichtet sich Paris den Wünschen Taiwans entsprechend zur Einhaltung der Lieferfrist, der Qualität und des Festpreises aller Waffen nach dem Kaufvertrag sowie zur Lieferung von Ersatzteilen. Dem Bericht der LHB zufolge soll die französische Rüstungsbehörde der taiwanesischen Seite den Eindruck vermittelt haben, daß Frankreich in Zukunft alle Rüstungsgüter bis auf nukleare Waffen liefern werde. Der Leiter der Behörde habe inoffiziell geäußert, "Taiwans Truppen würden innerhalb von zehn Jahren völlig auf das französische Waffensystem umgerüstet sein".

Zwischen Taiwan und Frankreich bestehen keine diplomatischen Beziehungen. Formell wurde das Memorandum vom halbamtlichen Vertreter Taiwans in Paris, Qiu Junnan (Chiou Jung-nan), und dem französischen halbamtlichen Vertreter in Taipei, Jean-Paul Reau, unterzeichnet, doch tatsächlich stehen die Regierungen beider Seiten dahinter. Im Mai d.J. sei - der LHB zufolge - der Leiter der französischen Rüstungsbehörde zur Verhandlung des Dokuments nach Taipei gereist, und im Juli habe ein Vertreter der Behörde bereits den Vertragsentwurf mitgebracht. Im Oktober hielt sich dann nach einem Bericht der CNA der Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte von Taiwan, Li Zhenlin (Li Chen-lin), zehn Tage in Frankreich auf und besichtigte die dortige Rüstungsindustrie. Gleich nach seiner Rückkehr nach Taiwan sickerte die Nachricht des Kaufs von 500 französischen Mistral-Raketen durch. (SCMP, 25.10.95)

Die französische Regierung gab zum genannten Memorandum keinen Kommentar ab. Jedoch wurde die Bereitschaft zur Lieferung von Mistral-Raketen von einer "zuverlässigen Quelle" bestätigt. Das Geschäft sei bereits vor 1994 verhandelt worden und widerspreche daher nicht dem Versprechen ge-

genüber Beijing, keine neuen Waffen an Taiwan zu verkaufen. Außerdem handele es sich bei den Mistral-Raketen um eine schultertragende "defensive" Waffe, die eine Schußweite von nur 3 km habe und das chinesische Festland nicht bedrohen könne, so hieß es. (IHT, 26.10.95; ZYRB, 28.10.95; CP, 27.10.95)

Aus dem chinesischen Außenministerium kam am 24. Oktober die Verlautbarung über "außerordentliche" Besorgnis über die Nachricht des Verkaufs neuer französischer Waffen an Taiwan, doch ist bislang kein formeller Protest erfolgt. Am 25. Oktober unterzeichnete China überdies einen Vertrag über den Bau eines Kernkraftwerks durch französische Unternehmen im Wert von 9,45 Mrd. FF. Offenbar hatte Paris Beijing über das neue Waffengeschäft mit Taiwan vorab durch diplomatische Kanäle informiert. (IHT, 25.10.95) -ni-

\*(34)

### "Aprilwetter" in den Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße

In einem Interview für die amerikanische Nachrichtenzeitschrift *U.S. News and World Report* am 11. Oktober sagte Jiang Zemin, Staatspräsident der VR China und Vorsitzender der KPCh auf dem chinesischen Festland, daß er für die chinesische Vereinigung einen Besuch von Li Denghui (Lee Teng-hui), Staatspräsident der Republik China und Vorsitzender der Regierungspartei KMT auf Taiwan, in Beijing begrüße. Wenn er, Jiang, eine Einladung von Taiwan erhalte, sei er auch bereit, dorthin zu gehen. Ferner meinte er, nach der chinesischen Vereinigung werde Beijing keinen Beamten nach Taiwan senden, umgekehrt aber dürften Politiker aus Taiwan führende Positionen in der Zentralregierung (Beijing) einnehmen, mit "Ausnahme seines Amts als Staatspräsident". (Nach LHB, 16. und 18.10.95; ZYRB und CP, 16.10.95; DGB, 19.10.95)

Der Vorschlag ist eigentlich nicht neu. In der Vergangenheit haben sowohl Jiang als auch Li bei verschiedenen Gelegenheiten ihre Bereitschaft für ein Zusammentreffen wiederholt geäußert. (Vgl. dazu LHB, 16.10.95) Aber angesichts der angespannten Lage in der Taiwan-Straße seit drei Monaten (siehe dazu C.a., 1995/7-9) betrachtet man in

Taiwan Jiangs jüngste Äußerung als ein Anzeichen zur Versöhnung - zumal gegenüber Li persönlich, dem die Presse des chinesischen Festlands massiv und scharf vorwarf, Taiwan zur Unabhängigkeit von China führen zu wollen.

Bislang war ein Gipfeltreffen zwischen Jiang und Li nicht zu realisieren gewesen, weil beide unterschiedliche Vorbedingungen daran knüpfen. Während Li, von Gesprächen zwischen zwei gleichberechtigten chinesischen politischen Gebilden ausgehend, mit Jiang nur im Ausland oder bei einer internationalen Gegebenheit zusammentreffen möchte, besteht Jiang darauf, die Begegnung nur auf dem Festland oder in Taiwan stattfinden zu lassen, damit die Taiwanfrage nicht "internationalisiert" werde. Für Beijing ist Taiwan nur eine Provinz der VR China.

In Jiangs Rede ist - vom Tonfall abgesehen - keine grundsätzliche Veränderung seines Standpunktes gegenüber Taiwan zu hören. Darüber hinaus bekräftigte er nochmals, seine Regierung scheue sich nicht vor einer Gewaltanwendung hinsichtlich der Vereinigung, falls sich Taiwan mit Unterstützung internationaler Kräfte oder unter Führung einer einheimischen separatistischen Bewegung von China trennen würde. Besonders bemerkenswert ist, daß die amtliche chinesische Presseagentur Xinhua bei der Meldung über das Interview Jiangs, im Zusammenhang mit der Einladung zum gegenseitigen Besuch, den Namen von Li Denghui gestrichen hat, statt dessen ist nur von der "führenden Person der taiwanesischen Behörde" die Rede.

Im Widerspruch zum Friedensangebot Jiangs unternahmen Chinas Luft- und Seestreitkräfte Mitte Oktober wieder umfangreiche Kriegsmanöver, denen Jiang auch persönlich beiwohnte. Allerdings fand die Militärübung diesmal nicht vor der Tür Taiwans, sondern weit weg im Gelben Meer statt. (DGB, 20.10.95; LHB, 19., 20.10.95)

Ursprünglich wollte auch Taiwan am 5. Oktober Militärmanöver großen Umfangs abhalten. An deren Stelle fand letztendlich aber nur eine Parade in Kaohsiung (Gaoxiong) statt, um die Spannung in der Taiwan-Straße dadurch nicht weiter zu verschärfen.

Zwar hält Taipei Jiangs neues Friedensangebot für wohlwollend, doch gibt es bislang noch keine konkrete Antwort darauf.

Im Dezember d.J. und im März 1996 findet die Parlaments- bzw. die Präsidentschaftswahl in Taiwan statt. Die chinesische Wiedervereinigung oder die Unabhängigkeit Taiwans ist ein Hauptthema bei den Parteien im Wahlkampf. Infolgedessen ist damit zu rechnen, daß das politische "Aprilwetter" zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße noch einige Monate andauern wird. -ni-

\*(35)

#### **Geburtenüberschuß 1994 zum ersten Mal unter ein Prozent**

Im letzten Jahr (1994) ist der Geburtenüberschuß in Taiwan nach statistischen Angaben des Taipeier Innenministeriums zum ersten Mal unter 1% gesunken, und zwar auf 0,99%; 1993 hatte er noch bei 1,03% gelegen. Rein rechnerisch bringt ein Ehepaar im Durchschnitt 1,7 Kinder zur Welt. Die Bruttogeburtenrate betrug 1994 1,53% (1,56% im Vorjahr) und die Bruttosterberate 0,54% (0,53%). Ende 1994 zählte Taiwan einschließlich der vor Festlandchina liegenden Inseln Kinmen (Jinmen) und Matsu (Mazu) insgesamt über 21,17 Mio. Einwohner, 182.458 mehr als vor einem Jahr. In einigen Kreisen, wie Penghu, Lianjiang (Matsu), Taitung (Taidong) und Yunlin, sank 1994 die Zahl der Bevölkerung, während sie in der Hauptstadt Taipei geringfügig um 0,01% zunahm. (LHB, 9.10.95; vgl. *Taiwan Statistical Data Book 1995*, Council for Economic Planning and Development, Taipei 1995, S. 8 f.)

Der ständige Rückgang der Geburtenrate ist auf die Zunahme von Scheidungen, später Heirat und kinderlosen Ehepaaren (DINK = double income, no kids) zurückzuführen. 1994 wurden nach den jüngsten Statistiken des Innenministeriums 31.900 Paare geschieden und 170.900 Ehen geschlossen. Von den 320.000 Neugeborenen sind 7.300 oder 2,3% nichtehelich. 191.000 Männer und Frauen zogen als alleinerziehende Eltern rd. 350.000 Kinder bis zu 18 Jahren auf. Die Scheidungsquote lag 1994 bei 0,15% - eine Rekordhöhe überhaupt. (*Taiwan Aktuell*, München, 18.10.95; vgl. auch C.a., 1995/2, Ü 33) -ni-

## Hongkong und Macau

\*(36)

#### **Vertrauensbarometer von Politik und Wirtschaft in Hongkong**

Angesichts der kurz bevorstehenden Rückgabe Hongkongs an die VR China 1997 macht sich die Bevölkerung der "Noch"-Kolonie Großbritanniens z.Z. weniger Sorgen um die politische als die Wirtschaftslage. Einer Meinungsumfrage der *South China Morning Post* vom 2. bis 6. Oktober zufolge liegt der politische Vertrauensindex bei 87 Punkten wie vor drei Monaten, während der wirtschaftliche bei demselben Vergleich von 76 weiter auf einen bisherigen Tiefststand von 73 Punkten fiel - beide Indikatoren haben den Basispunkt von 100 Anfang 1985, unmittelbar nach der Unterzeichnung der sino-britischen Gemeinsamen Erklärung über die Rückgabe von Hongkong. (SCMP, 23.10.95)

Am 3. Oktober haben die Außenminister der VR China und von Großbritannien, Qian Qichen und Malcolm Rifkind, in London einen neuen Konsens über die Hongkongfrage erzielt: Zur Zusammenarbeit mit dem geplanten chinesischen Vorbereitungskomitee für die Übernahme Hongkongs wird auf der Seite der britischen Kolonialregierung ein Liaisonbüro eröffnet; zunächst sollen Kontakte zwischen führenden Beamten Chinas und Hongkongs ermöglicht werden; eine Expertengruppe für die Vorbereitung einer "feierlichen, gebührenden und würdevollen" Übergabezeremonie wird gegründet; beide Seiten sollen sich gemeinsam darum bemühen, eine Lösung der Frage über das Bauvorhaben des 9. Containerterminals zu finden. (SCMP, 4.10.95; DGB, 5.10.95) Hongkongs Bevölkerung, die durch die langwierigen sino-britischen Streitigkeiten wegen der politischen Reformen und Wirtschaftsplanung in der "Noch"-Kolonie in den letzten drei Jahren verunsichert war, kann nun nach der neuen Annäherung zwischen Beijing und London sicherlich aufatmen.

Rd. 98% der Bevölkerung Hongkongs sind ethnische Chinesen. Nach einer Meinungsumfrage des amerikanischen Politologen Michael DeGolyer vor ein paar Monaten sind 42% der Bevölke-